**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport	Datum 28.05.2009
	Schriftführer Herr Fedder
	Telefon-Nr. 02202/14-2865
Niederschrift	
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am Dienstag, 21. April 2009
Sitzungsort Aula-Anbau des Albertus-Magnus-Gymnasiums, Kaule 3 – 15, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 19:15 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 25.11.2008 - öffentlicher Teil - 101/2009**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Erfolg der Städtischen Max-Bruch-Musikschule beim diesjährigen Regionalwettbewerb "Jugend musiziert" 102/2009**

- 6.1. **Trägerschaft Bücherei Bensberg (Tischvorlage)**
188/2009
7. **Beabsichtigte Umsetzung des 1.000 Schulen Programms an Schulen in Bergisch Gladbach**
143/2009
8. **Beschluss der Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II - Priorisierung**
173/2009
9. **Festsetzung der Wochenarbeitszeit für Grundschulsekretärinnen**
164/2009
10. **Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach**
170/2009
11. **Villa Zanders, Annahme einer Schenkung**
107/2009
12. **Sachstandsbericht Masterplan Kultur**
134/2009
13. **Die friedliche Revolution unter Einbeziehung der osteuropäischen Perspektive**
135/2009
14. **Antrag der CDU-Fraktion für eine vernetzte kommunale Bildungslandschaft**
169/2009
15. **Anträge der Fraktionen**
16. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Besetzung von Funktionsstellen an städtischen Schulen**
5. **Anträge der Fraktionen**
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Der Vorsitzende, Herr Dr. Miede, eröffnet die 19. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport in der siebten Wahlperiode.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Vorndran (FDP-Fraktion) in feierlicher Form unter Verlesung des Verpflichtungstextes in sein Amt als stellvertretendes Ausschussmitglied eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Sodann stellt Herr Dr. Miede die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er verweist auf die verteilten Tischvorlagen und schlägt vor, die Vorlage „Trägerschaft Bücherei Bensberg“ (DS-Nr. 188/2009) im Anschluss an TOP A 6 zu beraten. Der Ausschuss ist mit dieser Ergänzung der Tagesordnung einverstanden.

Der Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Pressevertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Zuschauer. Von den Ausschussmitgliedern wird

- Herr Neu (SPD-Fraktion) von Herrn Galley vertreten. Herr Neu nimmt an der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Planungsausschusses teil und ist entschuldigt.
- Frau Koshofer und Herr Gerhards (beide FDP-Fraktion) werden von Herrn Tiefenstädter und Herrn Vorndran vertreten.
- Frau Yilmaz (Integrationsbeirat) und Frau Birkholz (Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen) sind nicht da.
- Herr Heimann (katholische Kirche) und Herr Pfarrer Schneider (evangelische Kirche) haben sich entschuldigt. Herr Pfarrer Schneider wird von Frau Appel vertreten.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 25.11.2008 - öffentlicher Teil -**

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

@->

Herr Dr. Miede trägt keine Mitteilungen vor.

<-@

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

@->

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Die EGS Bensberg habe wegen der Platzzahlen an der Offenen Ganztagschule geschrieben. Das Schreiben liege den Fraktionen vor. Da der Schule Unterbringungsmöglichkeiten fehlen, habe sie den Ausbau eines Kellerraumes vorgeschlagen. Diesen Vorschlag habe der Hochbau aus nachvollziehbaren Gründen abgelehnt. Das Raumproblem an dieser Schule sei aber auf Dauer nur durch die Schaffung eines weiteren Raumes zu lösen.

Vor einer Lösung müsse der Rat in seiner Sitzung am 30.06.2009 erst die neuen Richtlinien zur OGS und über die zur Verfügung stehenden Fördermittel beschließen.

Derzeit können aus Sicht der Verwaltung die betroffenen Kinder nur an anderen Standorten mit freien Plätzen versorgt werden.

Herr Dr. Miede teilt ergänzend mit, dass von 22 Grundschulen 14 voll ausgebucht ohne Überhänge seien. An diesen Schulen sehe er Möglichkeiten. Insgesamt gebe es für 2009/2010 110 Überhänge, die versorgt werden müssen. Besonders stolz könne Bergisch Gladbach darauf sein, dass das Land Nordrhein-Westfalen von einer 25 %igen Versorgung ausgeht, Bergisch Gladbach aber eine Versorgung von fast 50 % erreicht.

- Herr Dr. Speer und Herr Martmann berichten über eine geplante Besichtigungsfahrt, zu der in den nächsten Tagen Mitglieder des Finanz- und Liegenschaftsausschusses, des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport und des Vergabeausschusses eingeladen würden. Herr Martmann bittet um Zu- bzw. Absage, um die Fahrt planen zu können.
- Herr Dr. Speer verweist auf einen Brief der Schulleitung der GGS An der Strunde über eine Feinstaubbelastung in der genannten Schule. Eine Untersuchung der Verwaltung ergab keinen akuten Handlungsbedarf. Grenzwerte würden nicht überschritten. Der von der Schulleitung vorgeschlagene Weg werde durch keine Vorschriften gedeckt.

Auf Anfrage Herrn Tiefenstädters erklärt Herr Martmann, es gebe keine Grenzwerte für Feinstaubbelastungen in Innenräumen. Die angesprochene Messung sei ohne Kenntnis der Schulverwaltung und des Immobilienbetriebes durchgeführt worden. Klagen über die Gebäudereinigung lägen nicht vor. <-@

6 Erfolg der Städtischen Max-Bruch-Musikschule beim diesjährigen Regionalwettbewerb "Jugend musiziert"

@->

Herr Dr. Speer trägt die Preisträger beim Landeswettbewerb vor:

Benjamin Bartsch	22 Punkte	2. Preis	(Klasse Klaus Wolf)
Oliver Bartsch	22 Punkte	2. Preis	(Klasse Klaus Wolf)
Eberhard Eibl	19 Punkte	3. Preis	(Klasse Klaus Wolf)
Alicia Fink	19 Punkte	3. Preis	(Klasse Klaus Wolf)
Paul Heiliger	19 Punkte	3. Preis	(Klasse Gerhard Klein)
Clara Schröder	19 Punkte	3. Preis	(Klasse Jutta Lambeck)

Er bedankt sich herzlich bei den Kollegen und dem Ausschuss, der solchen Sachen immer sehr aufgeschlossen gegenüberstand.

<-@

6.1 Trägerschaft Bücherei Bensberg (Tischvorlage)

@->

Herr Mumdey berichtet, dass er in zwei Gesprächen mit dem Progymnasium den Eindruck gewonnen habe, dass sich in relativ kurzer Zeit die Finanzierung des Solitärs nicht sicherstellen lasse. Daher sei der Zeitrahmen nicht mehr einzuhalten gewesen. Über diesen Sachverhalt habe er den Bürgermeister informiert; der Bürgermeister habe daraufhin dem Hauptausschuss erklärt, dass die Stadt die Bücherei in Bensberg wieder selbst betreiben wolle.

In der letzten Woche hätte er Gespräche mit Herrn Lowey und einem weiteren Vorstandsmitglied des Progymnasiums geführt. Das Progymnasium habe darum gebeten, dass die Stadt schon für April in den Vertrag einsteigen möge und die Trägerschaft übernehme. Die Verwaltung schlägt daher dem Ausschuss die Übernahme der Trägerschaft zum 01.04.2009 vor. Darin sehe er die einzige Möglichkeit, den Bücherei-standort Bensberg aufrecht zu erhalten. Die Verwaltung schlägt weiter vor, als Zwischenlösung den alten Mietvertrag der Stadt zunächst bis zum 31.12.2010 zu übernehmen. Das Angebot Herrn Brunottes für diese Zeit liege schriftlich vor.

Damit sei der Bücherei-standort an dieser Stelle zunächst sichergestellt. Der neu gewählte Rat könne sich dann mit einer endgültigen Lösung befassen.

Infolge der Übernahme müsse die Stadt Miete zahlen und Personal bereitstellen. Auf freiwilliger Basis würden einige Schulen im Programm „Geld statt Stelle“ Schulbibliothekare abgeben und bekämen dafür Geld, mit dem sie ihre Bibliotheken in eigener Regie betreiben können. In der Stadtbücherei Bensberg können so insgesamt 3,0 Stellen eingerichtet werden; das wären 0,5 Stellen weniger als in früheren Zeiten. Mit 3,0 Stellen könne die Bücherei angemessen betrieben werden.

Herr Mömkes (CDU-Fraktion) bedauert, dass ein bundesweit einmaliges Projekt zum Erhalt einer Bücherei misslungen sei. Begrüßenswert sei die Möglichkeit, die Bücherei zunächst für einen begrenzten Zeitraum erhalten und dann zu einer endgültigen

Entscheidung kommen zu können. Er frage sich jedoch, ob die angedachte Finanzierung auf Dauer sichergestellt werden könne und ob es sich um eine freiwillige Leistung handele, die evtl. im Rahmen eines Nothaushaltes wieder aufgegeben werden müsse.

Herr Dr. Miede verweist darauf, dass das vorgeschlagene Modell ausdrücklich bis zum 31.12.2010 befristet sei.

Herr Mumdey erklärt, sowohl bei der Stadtbücherei Bensberg als auch bei den Schulbibliotheken handelt es sich um freiwillige Leistungen. Die derzeit genutzte Büchereifläche sei groß und unübersichtlich; aufgrund ihres Zuschnitts wären die vorgesehenen 3,0 Stellen erforderlich, um die Aufsicht sicherzustellen. Zunächst soll der Büchereistandort Bensberg gesichert werden. Ob eine dauerhafte Unterbringung im gegenwärtigen oder einem anderen Gebäude erfolge, müsse noch geprüft werden.

Frau Beisenherz-Galas begrüßt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Erhalt der Bücherei Bensberg sehr. Sie könne allerdings nicht nachvollziehen, warum dafür Schulbibliothekare eingesetzt werden müssen. Für das Geld, das Schulen anstatt ihrer Bibliothekare zur Verfügung gestellt würde, könnten direkt Bibliothekare eingestellt werden. Ihre Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Dazu führt Herr Mumdey aus, zunächst sei es auf eine sofort umsetzbare Lösung angekommen. Dies sei nur mit einem Rückgriff auf schon vorhandenes Personal möglich gewesen. Die vorgeschlagene Lösung stärke auch die Eigenverantwortlichkeit der Schulen. Nicht umsonst hätten sich bislang alle beteiligten Schulen freiwillig zu diesem Schritt entschlossen.

Herr Dr. Miede ergänzt, dass es nicht möglich sei, so kurzfristig Personal zu finden, das an einer bis zum 31.12.2010 befristeten Stelle interessiert sei. Schulleiter seien allerdings für einen Einsatz als Bibliothekare nicht ausgebildet.

Dem stimmt Herr Mumdey zu.

Herr Kleine unterstützt für die SPD-Fraktion ebenfalls den Beschlussvorschlag. Zur Befristung bis zum 31.12.2010 verweist er darauf, dass das Personal nur aus Schulen mit intakten Schulbüchereien abgezogen werden solle. Keinem Schulleiter würde der Neuaufbau einer Schulbücherei zugemutet. Eine Entscheidung für die Zeit nach 2010 eröffne die Möglichkeit, die Stellen in der Stadtbücherei Bensberg dauerhaft wieder einzurichten bzw. Stellen an Schulen zurückzuverlagern. Positiv sei zu bewerten, dass die Miete für die Bücherei reduziert wurde.

Auf Anfrage Herrn Galleys (SPD-Fraktion) erklärt Herr Mumdey, das Modell „Geld statt Stellen“ wurde an einer Schule bereits vorher mit Erfolg aufgenommen. Wenn Schulleiter ihre Bibliothek mit weniger Geld als bislang unterhalten können, stehe ihnen der verbleibende Betrag für das übrige Schulbudget zur Verfügung.

Frau Scheerer ist der Auffassung, der Verbleib der Bücherei entwickle sich immer mehr zur unendlichen Geschichte. Sie befürworte eine klare Entscheidung für den Erhalt der Bücherei Bensberg über 2010 hinaus.

Auf Anfrage von Frau Beisenherz-Galas stellt Herr Dr. Miede klar, im Rahmen des Modells entscheide sich die Schule auf Dauer, wen sie für die Schulbücherei einstellt. Herr Dr. Speer stellt das Verfahren dar, wie Schulbüchereien alternativ betrieben werden können.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig) <-@

@->

Der Rat beschließt, die Stadteilbücherei Bensberg ab dem 01.04.2009 wieder in städtischer Trägerschaft zu führen. Die voraussichtlichen Mehrkosten in Höhe von 68.000,- € für Miete, Personal - und Sachkosten werden bereitgestellt.

<-@

7 **Beabsichtigte Umsetzung des 1.000 Schulen Programms an Schulen in Bergisch Gladbach**

@->

Auf Anfrage Frau Lehnerts erklärt Herr Dr. Speer, die Verwaltung helfe den Schulen bei der Suche nach Kooperationspartnern. Beim Abschluss von Verträgen würden die Schulen beraten. Die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 5 bei der Kontaktaufnahme mit freien Trägern sei sehr eng. In das pädagogische Konzept der Schulen mische sich die Verwaltung aber nicht ein.

Herr Schneeloch (SPD-Fraktion) möchte wissen, wer die Prioritätenliste nach welchen Kriterien erstellt habe und nach welchen Kriterien entschieden wurden, welche Schulen in die Warteliste aufgenommen wurden. Zu Seite 12 fragt Herr Schneeloch, ob alle Schulformen berücksichtigt wurden.

Letzteres wird von Herrn Dr. Speer bestätigt. Herr Pütz ergänzt, innerhalb der Verwaltung sei vom Hochbau, dem Immobilienbetrieb und von ihm über die Warteliste gesprochen worden. Innerhalb der Verwaltungsführung sei entschieden worden, welche Schulen in die Warteliste aufgenommen werden. Einziges Kriterium für die Aufnahme in die Warteliste sei gewesen, dass die in den einzelnen Schulen erforderlichen Arbeiten auch im Rahmen einer allgemeinen Sanierung erfolgen können.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

8 **Beschluss der Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II - Priorisierung**

@->

Herr Dr. Mieke schlägt vor, diesen Punkt zu beraten, einen Beschluss aber erst in der Ratssitzung am 28.04.2009 zu fassen.

Herr Mömkes berichtet aus der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr, dort sei die Liste B dem Rat einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen worden. Zur Liste A gab es bei einigen Fraktionen Beratungsbedarf und den Wunsch, die Änderung des Grundgesetzes abzuwarten, um einen größeren Spielraum zu bekommen. Nach einer Grundgesetzänderung können auch Sportplätze berücksichtigt werden, die derzeit nur in der Reserveliste geführt werden.

Er schlägt daher vor, eine Beschlussfassung der Liste A bis nach der Grundgesetzänderung zu vertagen.

Herr Dr. Mieke verweist darauf, dass der Rat am 28.04. über diesen Punkt beschließen soll, die Grundgesetzänderung aber erst Ende Juli zu erwarten sei.

Herr Mumdey weist darauf hin, dass nach einer Grundgesetzänderung Kultur- und Sportmaßnahmen berücksichtigt werden können.

Für Bergisch Gladbach sei die Formulierung „zusätzlich“ von Bedeutung. Alle Maßnahmen, die in einem vor dem 27.01.2009 beschlossenen und in Kraft getretenen Haushalt veranschlagt wurden, dürfen nicht aus Mitteln des Konjunkturpaketes finanziert werden. Die Verwaltung habe den bereits im vergangenen Jahr beschlossenen Haushalt erst nach dem 27.01.2009 der Aufsichtsbehörde angezeigt, sodass er diese Frist als eingehalten ansehe.

Das Schwimmbad Mohnweg könne unstreitig nicht im Konjunkturpaket berücksichtigt werden, weil für diese Maßnahme bereits im Haushalt 2008 Verpflichtungsermächtigungen beschlossen wurden. Damit gilt diese Maßnahme als grundsätzlich finanziert.

Der Sportplatz Steinbreche sei im Haushaltsplan 2009 enthalten; es sei noch unklar, ob er aus dem Konjunkturpaket finanziert werden könne.

Der Sportplatz Herkenrath sei ein klassisches Beispiel für eine Maßnahme, die aus dem Konjunkturpaket finanziert werden könne, da sie bislang in keinem Haushalt veranschlagt sei.

Frau Beisenherz-Galas hält es angesichts dieser Ausführungen für sinnvoll, in der Ratssitzung einen Beschluss zu fassen. Da eine Grundgesetzänderung nicht sicher sei, käme eine über die Ratssitzung hinausgehende Vertagung einer Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag gleich.

Frau Lehnert ist der Auffassung, dass sich die Stadt bei einer Vertagung auf die Zeit nach der Änderung des Grundgesetzes nicht schlechter stehe als jetzt. Sie gehe aber davon aus, dass die Spielräume im Konjunkturprogramm nach der Änderung des Grundgesetzes größer werden. Der CDU-Fraktion sei es wichtig, dass sich die Stadt die Möglichkeiten einer Grundgesetzänderung sichert, andererseits sollen freie Träger und Schulen Planungen beginnen können, damit energetische Maßnahmen bereits kommenden Winter greifen können. Daher solle die Liste B beschlossen und der Beschluss über die Liste A auf die Zeit nach der Grundgesetzänderung vertagt werden.

Herr Schneeloch verweist darauf, dass sich die Grundgesetzänderung nicht auf den finanziellen Spielraum innerhalb des Konjunkturprogramms auswirken werde. Sinn des Programms sei, sehr schnell zu Maßnahmen zu kommen, die die Konjunktur ankurbeln.

Dazu erklärt Herr Mumdey, als Beispiel sei die Erneuerung des Sportplatzes Herkenrath für 2010 vorgesehen. Der Verein habe sich z. B. hinsichtlich der Anlage eines Kunstrasenplatzes bereits beraten lassen und stehe bei der Umsetzung in den Startlöchern.

Bei den Schulmaßnahmen stünden energetische Sanierungen im Vordergrund, deren Umsetzung ebenfalls dringlich sei.

Herr Tiefenstädter sieht für die FDP-Fraktion unabhängig von einer Vertagung noch Klärungsbedarf.

Zunächst verweist er darauf, dass die vorhandene Wunschliste bereits über den Betrag hinausgehe, mit dem die Stadt aus dem Konjunkturprogramm rechnen könne. Erfahrungsgemäß würden Maßnahmen im Laufe ihrer Ausführungen teurer. Er schlage daher vor, vorsichtig zu planen und Mittelüberschreitungen zu vermeiden.

Zu den Maßnahmen 3 und 6 der Liste A habe die FDP-Fraktion erreicht, dass zwei Studenten der Fachhochschule Höxter für Landschaftsarchitektur relativ kurzfristig ihre Abschlussarbeit über das „Refrather Zentrum mit Kahnweiher“ schreiben. Darin bestehe eine Chance auf eine kostenlose Planung für eine Umgestaltung des Kahnweihers. Daher sollten diese Maßnahmen auf 2010 verschoben werden.

Sodann möchte er wissen, ob es eine gesetzliche Verpflichtung gibt, Lärmschutzmaßnahmen an Privatgebäuden durchzuführen.

Als Punkt 11 der Reserveliste A sei die Umsetzung eines einheitlichen digitalen Funknetzes u. a. des städtischen Bauhofes vorgesehen. Herr Tiefenstädter möchte wissen, ob es nicht sinnvoll sei, eine bundesweit einzuführende Lösung bezüglich des Behördenfunks abzuwarten.

Beim Sportplatz Steinbreche gebe es die Möglichkeit, im Rahmen der Sanierung einen Kunstrasenplatz anzulegen. Dabei solle der bestehende Konflikt nicht ausgeklammert werden. Seine Fraktion sei grundsätzlich dagegen, dass Vereine andere Vereine von deren angestammten Plätzen verdrängen. In dieser Angelegenheit möchte Herr Tiefenstädter den Sachstand wissen.

Herr Mumdey verweist auf die bestehende grundsätzliche Verfahrensweise der Stadt Bergisch Gladbach bei der Sanierung von Sportplätzen, die sich immer nur auf die Kosten für Aschenplätze bezieht. Wenn Vereine weitergehende Sanierungen wünschen, müssen sie die Mittel dafür selbst aufbringen. Wegen der weiteren Fragen verweist Herr Mumdey Herrn Tiefenstädter auf den Tagesordnungspunkt „Anfragen der Mitglieder“.

Herr Dr. Bernhauser erklärt, dass sich die vorgetragenen Einwände gegen Maßnahmen der Reserveliste zur Liste A richten. Die Tendenz gehe dahin, diese Maßnahmen zu verschieben, bis über die angestrebte Grundgesetzänderung entschieden sei. Danach habe der Ausschuss eine breitere Möglichkeit. Die Bundesregierung habe darauf verwiesen, dass bereits jetzt Beschlüsse im Vorgriff auf die neue Rechtslage getroffen werden können.

Herr Buchen (CDU-Fraktion) hält es für sinnvoll, diese Grundgesetzänderung abzuwarten, um auch Maßnahmen im kulturellen und Sportbereich beschließen zu können.

Herr Dr. Mieke erinnert an seine bereits eingangs geäußerte Auffassung, dass der entscheidende Beschluss durch den Rat gefasst wird und der Ausschuss nur eine Empfehlung gibt. Die Grundgesetzänderung abzuwarten bedeute eine Verschiebung der Beschlussfassung bis zum Ende der Wahlperiode.

Auf Anfrage Frau Winkels' erklärt Herr Mumdey, für die Wilhelm-Wagener-Schule sei keine energetische Sanierung vorgesehen.

Frau Beisenherz-Galas fragt nach dem Sachstand zum Nikolaus-Cusanus-Gymnasium, das mit seiner Dach- und Fassadensanierung lediglich in der Reserveliste aufgeführt sei. Herr Martmann weist darauf hin, dass für die Gesamtplanung an dieser Schule unabhängig vom Konjunkturpaket 250.000 € eingeplant wären. Einzelmaßnahmen wurden für diese Schule noch nicht vorbereitet.

Herr Kleine schlägt vor, sich heute auf eine Beratung zu beschränken und bis zur Ratssitzung noch strittige Fragen zu klären. Die Beschlussfassung erfolge dann im Rat.

Herr Mömkes berichtet, der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr habe dem Rat aus der Liste A die Maßnahmen 1, 2, 6, 7 und 9 zur Beschlussfassung empfohlen. Die Beschlussfassung über die Punkte 3, 4, 5 und 8 solle bis nach der Grundgesetzänderung vertagt werden. Er schlägt vor, im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ähnlich zu verfahren. Um zu einer klaren Entscheidung zu kommen, könne zu einem späteren Zeitpunkt eine zusätzliche Sitzung anberaumt werden.

Herr Kleine schlägt vor, auch die Maßnahme 3 zu beschließen, wenn der Vorgehensweise des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr gefolgt wird.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport erzielt darüber Einvernehmen, dass nach Listen A und B getrennt über eine Beschlussempfehlung abgestimmt wird.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst folgende

Beschlüsse: 1. (bei acht Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion KIDinitiative für eine Beschlussempfehlung gegen acht Nein-Stimmen der FDP-Fraktion, der BfBB-Fraktion und aus der CDU-Fraktion gegen eine Beschlussempfehlung bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion)

Eine Empfehlung an den Rat, im Rahmen des Konjunkturpaketes II die Maßnahmen der Liste A entsprechend ihrer Priorisierung durchzuführen, wird abgelehnt.

2. (einstimmig)

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat, im Rahmen des Konjunkturpaketes II die Maßnahmen der Liste B entsprechend ihrer Priorisierung durchzuführen. <-@

@->

<-@

9

Festsetzung der Wochenarbeitszeit für Grundschullehrerinnen

@->

Herr Tiefenstädter begrüßt für seine Fraktion die vorgesehenen Änderungen und möchte wissen, wie viele Schullehrerinnen sich die Stellen teilen und wie sich die Stellen auf die Grundschulen verteilen. Herr Pütz sagt zu, der Niederschrift eine entsprechende Aufstellung beizufügen.

Frau Lehnert verweist darauf, dass der Stellenplan 2009 bereits verabschiedet wurde. Sie fragt nach der Darstellung der Stellen im Stellenplan.

Herr Pütz bedauert die in dieser Frage nicht ganz klare Darstellung in der Vorlage. Die Stelle würde aus dem Bereich der weiterführenden Schulen in den Bereich der Grundschulen verlagert. Alle Stellen seien bereits vorhanden.

Frau Lehnert bittet um Vorlage eines Erfahrungsberichtes nach einem Jahr.

Die Vorlage wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

<-@

10 **Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Auf Anfrage Herrn Schneelochs teilt Herr Dr. Speer mit, dass das Integrationskonzept jetzt fertig gestellt und vor den Sommerferien in allen beteiligten Ausschüssen, also auch im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport, beraten werden soll. Herr Pütz teilt ebenfalls auf Anfrage Herrn Schneelochs mit, in die Lenkungsgruppe habe jede Ratsfraktion ein Mitglied entsandt. Außerdem seien Vertreter des Integrationsbeirates sowie der Verwaltung Mitglieder der Lenkungsgruppe. Zur Sprachförderung an Grundschulen führt Herr Pütz aus, bis zum vergangenen Winter habe es in Bergisch Gladbach und Bensberg eine Sprachförderung für Migrantenkinder gegeben, die im Zusammenhang mit der Sprachstandserhebung „Delfin 4“ ausgelaufen sei. Die in der Vorlage genannte Sprachförderung werde aus Mitteln des Integrationsbeirates bezahlt. Frau Scheerer ergänzt, es handele sich um einen Betrag von 3.000 €.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

11 **Villa Zanders, Annahme einer Schenkung**

@->

Herr Dr. Speer verweist darauf, dass diese Vorlage entgegen der Darstellung der Einladung nicht im Rechnungsprüfungsausschuss, sondern im Rat am 28.04.2009 entschieden wird.

Herr Dr. Vomm erläutert die Vorlage und weist insbesondere darauf hin, dass die Schenkung weder mit Auflagen noch mit Kosten verbunden sei. Die Stifterin wünsche lediglich, dass die geschenkten Werke nicht veräußert werden. Er kündigt weitere Schenkungen anderer Stifter an, die den vorhandenen Bestand ergänzen werden.

Herr Kleine begrüßt diese Schenkung und verweist unter Beifall des Ausschusses darauf, dass Herr Dr. Vomm durch seine Kontaktpflege die Schenkung mit ermöglicht habe.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@->

Die Verwaltung empfiehlt, die Schenkung mit dem herzlichen Dank an die Schenkende anzunehmen.

12

<-@
Sachstandsbericht Masterplan Kultur

@->

Herr Dr. Speer sagt zu, den Ausschuss regelmäßig über den Fortgang des Masterplanes zu unterrichten.

Auf Anfrage Herrn Kleines erklärt er, die VHS sowie die anderen kulturellen Einrichtungen würden einbezogen. Das Ziel, im Dezember fertig zu sein, könne infolge der Verschiebung des Kommunalwahltermins und in dem Bestreben, mit dem Masterplan nicht in die Wahl zu kommen, nicht eingehalten werden. Eine Entscheidung könne erst in der ersten oder der zweiten Sitzung der neuen Wahlperiode erfolgen.

Herr Tiefenstädter begrüßt den Masterplan sehr und legt Wert darauf, dass er eine gewisse Verbindlichkeit habe. Die Ziele des Masterplanes müssten mit dem Erreichten abgeglichen werden können.

Herr Dr. Mieke sagt zu, dies aufzunehmen.

Frau Lehnert bedankt sich bei Frau Weymans und unter Beifall des Ausschusses bei Herrn Tiefenstädter für die geleistete Arbeit.

<-@

13

Die friedliche Revolution unter Einbeziehung der osteuropäischen Perspektive

@->

Auf Anfrage von Frau Winkels erklärt Herr Dr. Speer, bei Osteuropa i. S. d. Vorlage handele es sich um die ehemalige Sowjetunion und Polen einschl. der ehemaligen deutschen Ostgebiete.

Im Seminar werden unterschiedliche Themen wie die osteuropäischen Zwangsarbeiter und „displaced persons“, Deutsche aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße, die in Bergisch Gladbach eine neue Heimat fanden, sowie die Städtepartnerschaft mit Marijampole behandelt.

Die Podiumsdiskussion soll sich mit dem Thema „Friedliche Revolution“ auseinandersetzen. Zugesagt hätten bereits Herr Bosbach MdB und Herr Fell (Stadtdirektor a. D.). Außerdem bemühe er sich um die Teilnahme eines Mitglieds der Dissidentenbewegung, der in Leipzig dabei war, sowie eines Teilnehmers, der 1989 aus der DDR über Umwege nach Bergisch Gladbach kam.

Herr Galley begrüßt die Veranstaltung.

Auf Anfrage von Frau Beisenherz-Galas verweist Herr Dr. Speer darauf, dass sich der Begriff „beschlossenes Budget“ auf die vom Rat beschlossenen Mittel bezieht.

Herr Dr. Speer weist darüber hinaus auf eine sehr gelungene Ausstellung des Deutschen Sportmuseums hin, die sich mit deutsch-deutschen Fußballbeziehungen befasst. Gleichzeitig feiere der SV 09 100jähriges Jubiläum. Zum 60jährigen Bestehen der Bundesrepublik hätten sich SV 09 und Stadt zusammengetan, um diese Ausstellung nach Bergisch Gladbach zu holen. Sie wird in der Zeit vom 10. bis zum 24.09.2009 im Rathaus Bergisch Gladbach zu sehen sein.

Für den 25.05.2009 lädt Herr Dr. Speer in den Spiegelsaal des Bergischen Löwen zu

einer Podiumsdiskussion mit Musik zum Thema „60 Jahre Grundgesetz“ ein, die um 19.30 Uhr beginnt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

14 **Antrag der CDU-Fraktion für eine vernetzte kommunale Bildungslandschaft**

@->

Frau Lehnert erklärt sich für die CDU-Fraktion mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Herr Tiefenstädter spricht sich für den Antrag aus und verweist ergänzend auf einen Antrag seiner Fraktion für die kommende Ratssitzung mit dem Ziel, dass kein Schüler die Hauptschule ohne Abschluss verlassen soll.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Antrag der CDU-Fraktion wird in der vorliegenden Form angenommen.

<-@

15 **Anträge der Fraktionen**

@->

Es liegen keine Anträge vor.

<-@

16 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@->

Herr Willnecker kritisiert, dass es zu den Themen „Sportplatz Steinbreche“ und „Schulschwimmbad Mohnweg“ nicht einmal Tischvorlagen gebe. Es bedauere, dass er Informationen zu diesen Themen nur aus der Presse erhalte.

Zum Sportplatz Steinbreche berichtet Herr Mumdey, der SC 27 habe sich von der Verwaltung bzgl. der Modalitäten der Einrichtung eines Kunstrasenplatzes beraten lassen. Dieses Verfahren sei mit anderen Vereinen ganz ähnlich gelaufen und gehe noch nicht über den Stand reiner Verwaltungstätigkeit hinaus. In einem zweiten Gespräch habe sich ein Interessenkonflikt des SC 27 herausgestellt, in dessen Folge die Verwaltung unverzüglich alle Betroffenen erstmals angehört. Bei entsprechendem Bedarf solle die Verwaltung Anfang Mai zu einem weiteren Gespräch einladen. Sofern er dies beurteilen könne, finde ein reger Meinungsaustausch statt. Beim derzeitigen Verhandlungsstand sehe er keinen Anlass für eine Vorlage. Noch nicht geklärt sei z. B. die Frage eines finanziellen Eigenanteils. Prüfungen hätten wertneutral und ergebnisoffen zu erfolgen. Dabei habe die Verwaltung auch zu berücksichtigen, dass

Kunstrasenplätze möglichst gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt werden. Wenn es ein einheitliches Meinungsbild gebe, werde die Verwaltung der Politik eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Herr Willnecker sieht auch in einem laufenden Prozess ein Informationsrecht des Ausschusses. Die Situation sei in diesem Fall anders als bei anderen Sportplätzen.

Auf Nachfrage Herrn Galleys bestätigt Herr Mumdey, dass in solchen Fällen die Sportvereine die Verwaltung um ein Gespräch ersuchen.

Auf Anfrage Herrn Tiefenstädters erklärt Herr Mumdey, im Gegensatz zu anderen Plätzen werde der Sportplatz Steinbreche von mehreren Vereinen genutzt.

Herr Dr. Miede sieht es nicht als Aufgabe des Ausschusses an, sich in Streitigkeiten zwischen verschiedenen Vereinen einzumischen. Er spricht sich dafür aus abzuwarten, bis ein nachvollziehbares Konzept vorliegt.

Frau Scherer teilt die Auffassung Herrn Willneckers, dass die Ausschussmitglieder Informationen nicht nur aus der Presse erfahren sollten. Dies gelte auch für das Schwimmbad Mohnweg.

Herr Dr. Miede erinnert an Erfahrungen der letzten Jahre im Hinblick auf solche Pressemitteilungen. Diese würden teilweise von interessierter Seite lanciert.

Herr Buchen kritisiert unter Hinweis auf das Schwimmbad Mohnweg, in der Presse sei der Eindruck erweckt worden, die Entscheidung sei schon gefallen und werde von den politischen Gremien bestätigt.

Herr Mumdey legt Wert auf die Feststellung, in dieser Angelegenheit mit keinem Reporter gesprochen zu haben. Die Verwaltung beabsichtige, für die Juni-Sitzung eine Vorlage zu diesem Thema zu fertigen.

Herr Dr. Miede bittet ausdrücklich darum, den Ausschuss rechtzeitig zu informieren. Mit Gerüchten müsse sich der Ausschuss nicht befassen.

Frau Lehnert ist verwundert darüber, dass sich ein Verein geäußert habe, der bislang keine Verbindungen zu diesem Thema hatte.

Herr Dr. Miede erklärt, der Platz müsse unbestritten saniert werden. Ein von der Stadt zu finanzierender Tennenplatz sei aber nicht mehr zeitgemäß. Solange keine Einigung zwischen den Vereinen erzielt werde, solle sich der Ausschuss nicht mit der Sache befassen.

Herr Schneeloch kommt auf eine Frage Herrn Tiefenstädters zurück und verweist hinsichtlich der Nutzung der Plätze auf die Benutzungsordnung. Ein Verein, der einen zusätzlichen Aufwand wie einen Kunstrasenplatz finanziere, werde sich vertraglich ausbedingen, diesen Platz ausschließlich oder doch zumindest überwiegend nutzen zu können. Der SV Refrath habe bereits einen Platz in Stand gesetzt und für einen Kunstrasenplatz kein Geld mehr. Das Dilemma bestehe darin, dass es für den Sportplatz Steinbreche mehrere Interessenten gebe.

Herr Mömkes kritisiert, dass der Bürgermeister Entscheidungen des Verwaltungsvor-

standes zum Schwimmbad Mohnweg bekannt gab, ohne diese vorher in den politischen Gremien beraten zu lassen.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.12 Uhr.

<-@